

16. Mai 1964 – In der DDR-Hauptstadt Berlin (Ost) begann das von der Freien Deutschen Jugend (FDJ) organisierte Pfingsttreffen.

23. Mai 1989 - Von den Staaten des Warschauer Paktes wurde der NATO in Wien vorgeschlagen, beide Militärbündnisse gleichzeitig aufzulösen.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

09. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

13. Mai 2014

**Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
der Wahlkampf zur Stadtrats- und Europawahl am 25. Mai 2014 hat
begonnen und wie zu jeder Wahl möchte ich Euch über die geplanten
Aktivitäten informieren und um Euer Mittun werben.**

Infostände

Die Ortsverbände und Basisorganisationen sowie das Wahlbüro haben zahlreiche Infostände geplant. In der anhängenden Datei findet Ihr eine Übersicht über die bisher angemeldeten. Noch ist es uns nicht gelungen, in allen Stadtteilen präsent zu sein. Wenn Du oder Deine Basisorganisation noch einen Stand planen oder Du Dich an einem der geplanten beteiligen möchtest, bitten wir um eine kurze Rückmeldung, damit wir einen Überblick haben, wie die Stände personell abgesichert sind. Mitunter haben wir auch parallel Stände angemeldet und würden dann den Standort wechseln, wenn wir vor Ort merken, dass es am anderen Ort besser ist.

Verteilung Wahlzeitung

Wir haben für die Infostände und für Briefkastenaktionen 80.000 Wahlzeitungen zur Verfügung. Ich bedanke mich bei allen Genossinnen und Genossen, die sich bereit erklärt haben, in bestimmten Gebieten und Straßen die Zeitung zu verteilen. Wenn Du auch Möglichkeiten hast, in einem Stadtteil/ Gebiet Zeitungen zu verteilen, bitten wir Dich um eine kurze Rückmeldung.

Für die „weißen Flecken“ wollen wir dann zentrale Verteilaktionen durchführen.

Diese sollen sein am:

Montag, dem 12.05.2014, ab 9:00 Uhr,

Montag, dem 19.05.2014, ab 9:00 Uhr,

Mittwoch, dem 21.05.2014, ab 9:00 Uhr

Donnerstag, dem 22.05.2014, ab 8:00 Uhr.

Treffpunkt ist jeweils die Blumenstraße. Wer kann mitmachen oder selbst noch eine Aktion organisieren?

Bitte um Rückmeldung.

Mit solidarischen Grüßen

Sven Knöchel

**Keine
Steuer-
Gelder
für Zocker-
Banken!**



DIE LINKE.

www.hier-und-in-europa.de

Linkes Blatt für Halle Seite - 2 - / 2. Maiausgabe

Datum	Uhrzeit	Ort
Montag, 12.05.2014	14:00 Uhr - 18:00 Uhr	Franckeplatz
Dienstag, 13.05.2014	12:00 Uhr - 17:00 Uhr	Marktplatz, Roter Turm
	12:00 Uhr - 17:00 Uhr	Riebeckplatz, Straßenbahnhaltestelle
Mittwoch, 14.05.2014	10:00 Uhr - 13:00 Uhr	Neustädter Passage, Wochenmarkt
	14:30 Uhr - 16:30 Uhr	Hubertusplatz
Donnerstag, 15.05.2014	15:00 Uhr - 18:00 Uhr	An der Magistrale, Höhe Jobcenter
	14:00 Uhr - 16:00 Uhr	Südstadtring, Höhe Kaufland
	16:30 Uhr - 17:30 Uhr	EKZ Heideringpassage/Freifläche Edeka
Freitag, 16.05.2014	09:30 Uhr - 12:00 Uhr	Wilhelm-von-Klewitz-Straße, Höhe Ärztehaus
	16:00 Uhr - 18:00 Uhr	An der Magistrale, Höhe Schwimmhalle
Samstag, 17.05.2014	10:00 Uhr - 12:00 Uhr	Neustädter Passage, Neustadtcenter
	10:30 Uhr - 15:00 Uhr	Leipziger Straße, Höhe Kozert Halle
Montag, 19.05.2014	12:00 Uhr - 14:00 Uhr	Marktplatz, Roter Turm
Dienstag, 20.05.2014	12:00 Uhr - 14:00 Uhr	Delitzscher Straße / Grenzstraße
	14:30 Uhr - 16:30 Uhr	Riebeckplatz, Straßenbahnhaltestelle
	15:00 Uhr - 18:00 Uhr	Albert-Einstein-Straße, Wochenmarkt
	15:00 Uhr - 17:00 Uhr	Böllberger Weg / Diesterwegstraße
	16:30 Uhr - 18:00 Uhr	Marktplatz, Roter Turm
Mittwoch, 21.05.2014	06:30 Uhr - 8:30 Uhr	Vorplatz Hauptbahnhof
	09:00 Uhr - 11:00 Uhr	Am Gastronom, Höhe Sparkasse
	11:00 Uhr - 13:00 Uhr	Am Treff
	14:00 Uhr - 16:00 Uhr	Beesener Straße / Hst. Kantstraße
	16:30 Uhr - 18:00 Uhr	Robert-Franz-Ring / Polizeipark
Donnerstag, 22.05.2014	09:30 Uhr - 12:00 Uhr	Wilhelm-von-Klewitz-Straße, Höhe Ärztehaus
	12:30 Uhr - 14:00 Uhr	Joliot-Curie-Platz / Hauptpost
	14:30 Uhr - 16:30 Uhr	Leipziger Straße, Höhe Fußgängerüberweg
	15:00 Uhr - 17:00 Uhr	Südstadtring, Höhe Kaufland
	15:30 Uhr - 18:00 Uhr	An der Magistrale, Höhe Schwimmhalle
	16:30 Uhr - 18:00 Uhr	Marktplatz, Roter Turm
Freitag, 23.05.2014	10:00 Uhr - 13:00 Uhr	Albert-Einstein-Straße, Wochenmarkt
	16:00 Uhr - 17:30 Uhr	EKZ Heideringpassage/Freifläche Edeka
Samstag, 24.05.2014	09:00 Uhr - 10:30 Uhr	Ludwig-Wucherer-Straße / EDEKA
	09:00 Uhr - 10:30 Uhr	Dessauer Straße
	09:00 Uhr - 14:00 Uhr	Neustädter Passage, Neustadtcenter
	10:30 Uhr - 15:00 Uhr	Leipziger Straße, Höhe Konzerthalle

Aus der Stadtratssitzung vom 30. April 2014

Walpurgisnacht?! Nein, zum Feiern sind wir nicht gekommen, denn die letzte Stadtratssitzung vor den Kommunalwahlen am 25.05.2014 zog sich wieder in die Länge. Einige brisante Themen und die entsprechenden Diskussionen waren daran „schuld“, auch etliche Anfragen und Anträge von Stadträten.

Wieder wurde zu Beginn der Sitzung die Vorlage zum „Public Corporate Governance Kodex“ abgesetzt, auch die Vorlage zur strategischen Ausrichtung und Prioritätensetzung beim Stadtmarketing. Wir haben unseren Antrag zur Reduzierung der Beigeordnetenanzahl von 5 auf 4 ebenfalls bis September vertagen lassen.

Ohne Diskussion wurden die Vorlagen zu „Nachmeldungen zum Maßnahmeplan der Stadt Halle...“ und zur „Änderung der Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis“ beschlossen.

Zugestimmt haben wir auch der Vorlage „Stadtbahnprogramm Halle Verknüpfungspunkt Veszpremer Straße/Durchbindung Schleife Südstadt Gestaltungsbeschluss“. Mit diesem Beschluss soll bis zum Jahre 2017 die Wendeschleife in der Südstadt aufgehoben werden. Die Gleisanlagen in diesem Bereich werden verändert und es wird anstatt zwei Spuren im Straßenverkehr nur noch eine pro Richtung geben.

Es ist nicht neu, im Jahr 2013 wurden wiederum mehr Gelder für den Bereich Hilfen zur Erziehung ausgegeben als geplant. Diese Ausgaben sind sogenannte Pflichtausgaben. Es gab daher auch eine Zustimmung. Unterschiedliche Abstimmungen – mehrheitlich bei uns allerdings Enthaltungen und Ablehnungen – gab es zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 165 „Nahversorgungszentrum Hubertusplatz“ – Aufstellungsbeschluss. Der bisherige Netto-Supermarkt am Hubertusplatz soll vergrößert werden. Den Bedarf sieht die Stadtverwaltung vor allem durch die Beschäftigten der Universitätsklinik. Wir sahen jedoch in dieser Maßnahme eher, dass das Einzelhandels- und Zentrenkonzept nicht eingehalten wird. Zugestimmt haben wir der Vorlage zur Vorbereitung der Abfallsatzung 2015. Neu wird sein, dass die Mülltonnen in Halle mit Funkchips ausgestattet werden, an denen bei Abholung problemlos herausgefunden werden kann, ob die entsprechenden Gebühren vom Eigentümer bezahlt wurden.

Lange diskutiert wurde im Stadtrat zur Vorlage „Inhaltliche Neuausrichtung und Umzug des Künstlerhauses 188 e.V. in Räume des ehemaligen Druckereigebäudes Große Märkerstraße 7. Kritikpunkte waren vor allem die Finanzen! Swen Knöchel äußerte sich in der Diskussion für unsere Fraktion dazu und stellte fest, dass die Aussage der Verwaltung, der Umzug sei „kostenneutral“ nicht stimme. Aufwendungen und Erträge müssten bekannt gemacht werden. Die entsprechenden Aussagen der Verwaltung überzeugten letztlich nicht, so dass wir mehrheitlich mit einer Enthaltung abstimmten

Einige Vorschläge von Bürger/innen zum sogenannten Bürgerhaushalt wurden beraten und den entsprechenden Vorschlägen der Verwaltung dazu konnte zugestimmt werden.

Heftig ging es in der Diskussion zum Ausbau der Merseburger Straße im Bereich der Rosengartenbrücke zu. Die Verwaltung hatte auf Grund von Verkehrszählungen eine Reduzierung auf zwei Spuren begründet. Auch die Umleitung des Verkehrs auf die Osttangente unterstützte diesen Vorschlag. Diese Begründungen führte auch Bodo Meerheim an und stellte deutlich klar, dass wir für die dann notwendige Erweiterung der Brücke mindestens eine Million Euro aus dem Haushalt bereitstellen müssten. Diese haben wir nicht. Bodo appellierte an die CDU und SPD gerichtet dafür, einen Deckungsvorschlag im Haushalt zu finden. Es gibt keinen, und das – so Bodo – finde er verantwortungslos!

Aus den Reihen der CDU wurde geantwortet: „Wenn es darum geht, soziale Wohltaten zu verteilen, sind sie dabei. Aber wenn es um einen Straßenbau geht, sind sie dagegen“!

Nach langer emotionaler Debatte stimmte eine Mehrheit im Rat für den Ausbau der Merseburger Straße! Wir stimmten dagegen!

Der Antrag unserer Fraktion zu Einforderung eines Berichtes zum Thema Altersarmut fand ebenso eine Mehrheit, wie auch der Antrag zur Abstimmung von Marketingaktivitäten in der Stadt Halle (Saale) und unser Antrag zur Kurzdarstellung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes. Ebenfalls fand der gemeinsame Antrag aller Fraktionen (außer der FDP) zum Stadtbad, der umgehenden Sanierung der gesperrten Frauenhalle, eine Zustimmung.

Ute Haupt, Stadträtin

Nach dem Sonntagsfrühstück, alle drei Stimmen für DIE LINKE Gregor Gysi zu Gast in Halle

Armut gibt es nur in nationalen Grenzen – so sieht es jedenfalls die Verwaltung des Europäischen Parlaments. Eine Fraueninitiative aus Polen hatte eine Fotoausstellung zum Thema organisiert, – Gabi Zimmer wollte sie im Parlament ausstellen. Dies wurde der LINKEN Europaabgeordneten untersagt, die Absage wurde mit fehlender nationaler Zuständigkeit begründet. Für polnische Armut sei also eine deutsche Europaabgeordnete nicht zuständig. Gabi Zimmer,



Spitzenkandidatin der LINKEN zu den Europawahlen, sieht das erwartungsgemäß anders. Aufgabe der LINKEN ist die Sozialunion in Europa. Wenn eine Wirtschaftsunion und ein freier Binnenmarkt in Europa möglich ist, dann müssen aus Sicht der LINKEN gemeinsame soziale Standards erst Recht möglich sein. „Sinn einer Union ist der gemeinsame Kampf gegen Armut und Ausgrenzung“, stellte Gabi Zimmer beim Wahlkampfauftritt in Halle (Saale) klar.

400 Zuschauerinnen und Zuschauer waren zur Moritz-



burg gekommen, um im historischen Burggraben Gabi Zimmer und Gregor Gysi zu sehen sowie um mehr über die Kandidaten der LINKEN zum halleschen

Stadtrat zu erfahren. Vor Ort war auch die Landratskandidatin für den benachbarten Saalekreis, Kerstin Eisenreich. In lockerer Atmosphäre, bei russischen Klängen vom Trio Scho und Suzanna führte die Landesvorsitzende Birke Bull durch die Themen der Kommunal- und Europawahlen.



Schwerpunkte waren die Misere der öffentlichen Haushalte, Spielräume der LINKEN und unsere alternative Steuerpolitik sowie – in Halle (Saale) selbstverständlich – der Protest gegen den Kürzungskurs der Landesregierung bei Kultur und Hochschulen.

Die Kulturkürzungen und Alternativen der LINKEN hatten bereits am Nachmittag in Eisleben im Zentrum des LINKEN Marktfestes gestanden. Kulturarbeiter hatten dort mit Angelika Klein, der Landratskandidatin für Mansfeld-Südharz, mit Gregor Gysi und Stefan Gebhardt über den Erhalt und den Stellenwert kultureller Einrichtungen im Land gesprochen. Hintergrund dort ist der Umbau der Eislebener Landesbühne zu einem Kulturwerk. Ursprünglich hatte die Landesregierung einen vollständigen Stopp der Fördermittel geplant, dies wurde durch monatelange landesweite Protesten abgewendet.

So stand auch für Gregor Gysi fest, mit welchem Thema er in die zentrale Rede am Abend in Halle einsteigen würde. „Ein zivilisatorischer Fortschritt zeigt sich immer an einem Mehr an Kultur, an einem Mehr an Bildung“, so Gysi, „Schluss mit den Plänen der Landesregierung in Sachsen-Anhalt dort zu sparen, wo es sich vermeintlich gut sparen lässt.“ Gysi setzte die Kommunalfinanzen mit der ungleichen Vermögensverteilung in Bezug. Die Probleme der öffentlichen Haushalte seien politisch selbstgemacht und von

den Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte selbst eingeleitet. Über 60 Prozent Steigerung der Vermögen stellte er den Verlust der Reallohninkommen von 0,7 Prozent entgegen. In keinem anderen Land der EU gibt es größere Abstände zwischen arm und reich und auch keinen größeren Niedriglohnsektor. LINKE wählen, so Gysi, hieße auch die Signalwir-



kung derer zu verstärken, die sich damit nicht abfinden wollen. Eine andere Vermögensverteilung gehört damit auch zwingend zu den kommunalpolitischen Forderungen der LINKEN.

Wahlen änderten nicht die Welt, aber Protest und Widerstand verändern das gesellschaftliche Klima und damit auch die herrschende Politik. Die Wahl der LINKEN bleibt dabei die effektivste Wahlentscheidung, rechnete Gregor Gysi durch: „Mit der Wahl der LINKEN verändern sie gleich vier Parteien, die SPD wird sozialdemokratischer, die GRÜNEN friedlicher, die Unionsparteien eine Touch sozialer“. Und wenig Aufwand kostet es auch noch: „Nach dem Sonntagsfrühstück, alle drei Stimmen für DIE LINKE, das ist schnell gemacht.“

Jenseits des Wahlkampfes stand ein Thema im Zentrum der Aufmerksamkeit: Eindringlich warnte Gregor Gysi vor einem drohenden Krieg in der Ukraine, „die Sprache der Gewalt muss aufhören“. Er begrüßte das Angebot von UN-Generalsekretär Ban zu vermitteln, „Diplomatie, noch mal Diplomatie und Dees-

kalation“ wären das einzig richtige Gebot der Stunde. Damit war er mit Gabi Zimmer einig: „Mindestens 100 Schritte zurück“ gelte es jetzt auf allen Seiten, in der Ukraine zählt jetzt „Vertrauen neu aufbauen, Angst verlieren, um das Schicksal in die eigenen Hände nehmen zu können.“ Die Ukrainer seien jetzt Spielball von Interessen, die nichts mit ihnen zu tun haben. „Die Europäische Union und Frieden, für DIE LINKE gehört das untrennbar zusammen.“

Anke Lohmann

In Berlin - und (H)alle dabei

Bereits in der vorletzten Kolumne bin ich auf die Kürzungspolitik der Landesregierung und die Rolle der Bundespolitik dabei eingegangen - und zwar mit Blick auf das sogenannte Kooperationsverbot. Im Zuge der aktuellen Fortsetzung der Proteste gegen den Rückbau von Kultur und Bildung in unserem Land, die ich weiterhin in höchstem Maße unterstütze, möchte ich heute eine weitere Dimension dieses komplexen Problems beleuchten. Denn eine Streichung des Kooperationsverbotes wäre zwar ein wünschenswerter Schritt hin zu einer soliden Finanzierung gerade des Bildungs- und Forschungsbereiches. Doch es liegt auf der Hand, dass damit nicht plötzlich alle tatsächlichen finanziellen Probleme und Schief lagen der Länder und Kommunen beseitigt wären, mit denen der Kürzungssirrsinn begründet wird. Vielmehr bedarf es einer grundlegenden Reform, um ihrer strukturellen Unterfinanzierung entgegenzuwirken. Ein wichtiges Instrument ist dabei der „Länderfinanzausgleich“, der durch eine Umverteilung von Steuereinnahmen zwischen den Bundesländern dafür sorgen soll, dass die „Herstellung und Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ (Art. 7 des Grundgesetzes) gewährleistet und wirtschaftliche Benachteiligungen abgebaut werden können. Leider krankt dieses im Grunde sinnvolle Instrument an allen Ecken und Enden. Insbesondere wird viel zu wenig berücksichtigt, dass die Bundesländer aus ganz verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Ausgangslagen heraus agieren. Dass es in Deutschland ökonomisch schwächere Regionen gibt, die dann gleichzeitig meist höhere Ausgaben im Sozialbereich haben, ist bittere Realität. Das darf aber nicht als Ausrede für den fortwährenden kultur- und bildungspolitischen Kahlschlag missbraucht werden. Die wirtschaftlichen Umstrukturierungen in den alten Industrievierteln Westdeutsch-

land und gerade auch der Kollaps großer Teile der ostdeutschen Wirtschaft nach 1990 haben eben tiefe Spuren hinterlassen. Diese strukturellen Probleme werden bestimmt nicht gelöst, indem Kultur und Bildung zu Grabe getragen werden. Vielmehr bedarf es eines solidarischen Ausgleichs der Finanzkraftunterschiede zwischen reichen und ärmeren Bundesländern. Mein geschätzter Fraktionskollege Axel Troost hat gemeinsam mit den Finanzpolitiker_innen der Landtagsfraktionen einen Reformentwurf zum Länderfinanzausgleich vorgelegt, der nun eingehend mit der fachpolitischen Öffentlichkeit diskutiert wird, bevor wir ihn als Antrag in den Bundestag einbringen. Das Grundanliegen ist es dabei, den Vorgaben des bereits zitierten Grundgesetzes gerecht zu werden: „Statt Wettbewerbsföderalismus muss die Geschäftsgrundlage ein sozialer und solidarischer Föderalismus sein, der die Schaffung von gleichen Voraussetzungen in den Bundesländern zum Ziel hat“, bringt es Axel Troost auf den Punkt. (<http://www.axel-troost.de/article/7704.gerechte-kommunal-und-laenderfinanzen-zeit-fuer-alternativen-in-den-bund-laender-finanzbeziehungen.html>)

Dazu gehört dann zum Beispiel, dass das gesamte kommunale Steueraufkommen zum Länderfinanzausgleich herangezogen wird. Bisher bleibt mehr als ein Drittel unberücksichtigt. Dadurch werden reiche Kommunen enorm bevorteilt, bei denen dieses Drittel in absoluten Zahlen natürlich viel größer ist als bei ärmeren Städten und Gemeinden - so bleibt am Ende weniger für den solidarischen Finanzausgleich. Würden die kommunalen Steuereinnahmen jedoch zu 100 Prozent in die Berechnung einbezogen, bekäme allein Sachsen-Anhalt jährlich mehr als 300 Millionen Euro mehr aus dem Länderfinanzausgleich als bisher. Darüber hinaus treten wir als Fraktion dafür ein, dass zwischen den Bundesländern zusätzlich auch ein finanzieller Ausgleich für besondere Aufgabenlasten hergestellt wird, die zwischen den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich verteilt, aber gesamtgesellschaftlich von großer Relevanz sind. Beispiele für solch ungleich verteilte Aufgabenlasten sind die Ausgaben für Soziallasten nach dem SGB II (Kosten der Unterkunft), Ausgaben für sozio-ökonomisch benachteiligte Kinder und Jugendliche sowie Hochschullasten.

Ein drittes wichtiges Prinzip ist in diesem Zusammenhang zu nennen: Wer bestellt, der zahlt! Das bedeutet,

dass der Bund in Zukunft die Kosten übernehmen soll, bei denen die Länder und Kommunen als reine Umsetzungsinstanzen bundesstaatlicher Sozialgesetzgebung im Prinzip keine eigenen Gestaltungsspielräume haben. Konkret sind hier die Ausgaben für Asyl und BAföG sowie alle Kosten der Unterkunft zu nennen. Damit würden Länder und Kommunen finanziell stark entlastet und Mittel für eine wieder mehr gestaltende Politik frei werden. Gerade bei solch komplexen Gesetzen wie dem Länderfinanzausgleich kann jedoch durchaus einiges an Zeit vergehen, bis sich eine Lösung durchgesetzt hat: Die Bundesländer haben ebenso ihre spezifischen Interessen wie die Kommunen oder der Bund; und am Ende müssen alle mit dem Ergebnis leben können. Die Forderung nach einer Änderung der aktuellen Politik der Landesregierung verliert somit natürlich nichts an ihrer Berechtigung und Bedeutung. Eine Reform des Länderfinanzausgleichs, wie wir ihn in der Bundestagsfraktion gemeinsam mit den Ländern anstreben, würde die Finanzen der Länder und Kommunen aber grundlegend auf eine breitere Basis stellen, die dann hoffentlich sinnvoll genutzt wird...

Dr. Petra Sitte

BO Riebeckplatz/Hofjäger lädt ein

14. Mai 2014

Beginn: 16:00

Ende: 17:30

Ort: Kartoffelhaus, Willy-Brandt-Straße 44
Als Delegierter berichtet **Dr. Achim Bittrich**
über Beschlüsse bzw. Ergebnisse des Berliner
Bundes-Parteitages,

Gesprächskreis Gesellschaftskonzeption

21. Mai 2014

Beginn: 17:00

Ende: 19:00

Ort: Café Tristan, MDR-Funkgebäude,
Halle (Saale)
Der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen
diskutiert über den Wahlkampf zur Europa- und
Kommunalwahl.

900 Menschen beim Ostermarsch gegen Kriegsspiele

Auch Lokalpolitiker über Parteigrenzen hinweg gegen Schießen im Zeitzer Forst

Von Maria Barsi

Der Widerstand gegen den Neubau einer zwanzig Millionen Euro teuren neuen Schießanlage für die Bundeswehr im Zeitzer Forst ist ungebrochen. Das war am Ostermontag einmal mehr ersichtlich, trotz der dritten Rücknahme der Genehmigung des entsprechenden Bundeswehr-Antrags durch den Landrat des Burgenlandkreises. Von Anfang an strotzten die Unterlagen der Bundeswehr von Ungereimtheiten, fehlten ganz entscheidende Teile unter anderem bezüglich Fauna und Flora dieses kleinen und einzigen zusammenhängenden Waldgebietes nahe der Stadt Zeitz. Der Standortälteste der Geraer Pionierkaserne hatte vergnügt reagiert. Im Grunde wurde alles wieder zurückgenommen, was in zähen Verhandlungen schon einmal möglich war, zum Beispiel außerhalb der Übungstage der Militärs einen Rundwanderweg am Rande des Waldes betreten zu dürfen. Die Begründung ist immer dieselbe: Gefahr für Leib und Leben im gesamten Forst, zum Beispiel wegen alter Munition all überall. Nichtsdestotrotz wird der Wald durch das Bundesforstamt bewirtschaftet, werden dort Bäume geerntet, fahren schwere Militär- und Forstfahrzeuge nicht nur auf den Wegen, finden eben in diesem Naturschutzgebiet Drückjagden für auserwählte Jäger statt.

Doch vielen der nach Angaben des Veranstalters, der Bürgerinitiative „Kein Schuss im Zeitzer Forst“, rund 900 Menschen, die sich am Ostermontag nach einer Kundgebung am Schlagbaum in Richtung Waldspielplatz Breitenbach in Bewegung setzten, geht es um mehr als nur um die Gnade, einen Rundwanderweg ihres Zeitzer Forstes betreten zu dürfen. Und auch um mehr, als ihrem Ärger über die Arroganz mancher Bundeswehr-Offiziere Luft zu machen. Auf vielen farbenfrohen Plakaten kam es zum Ausdruck: „Kriegsbasis Gera-Hain schließen!“, „Das Osterei ist versteckt! Der Krieg ist verreckt! Frieden ist voll korrekt!“ oder „Investiert in unsere Kinder, nicht in Schießanlagen“. Und so betonte auch Oliver Wendenkamp, BUND-Landesgeschäftsführer: „Ich will die Bundeswehr mit ihrem Schießplatz nicht nur hier nicht haben, sondern nirgendwo in Deutschland.“ Und Wulf Gallert, im Landtag Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, bekräftigte: „Wir wollen uns nicht daran gewöhnen, dass die Bundeswehr immer mehr öffentliche Räume, Geld und Ressourcen verbraucht, um Krieg zu üben.“ Im Übrigen zeigte er sich bewegt, dass sich in dieser Sache



Wulf Gallert, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt, stärkte auch den Lokalpolitikern den Rücken für eine Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg.

Lokalpolitiker wie der ehemalige Zeitzer Bürgermeister Dieter Kmietczyk, der Bürgermeister der Gemeinde Gutenborn Uwe Kraneis, Landratskandidatin und Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Zeitzer-Droyßiger-Forst Manuela Hartung und viele andere mit der Bürgerinitiative und über die Parteizugehörigkeiten hinweg gemeinsam einsetzen. Das sei nicht selbstverständlich in Sachsen-Anhalt.

Wenn an den Fahrzeugen der Bundeswehr auch „Wir dienen Deutschland steht“, so war Uwe Kraneis doch auch das wichtig: „Wir dienen auch Deutschland!“ Und wenn gleich die Genehmigung zum Bau der Schießanlage bereits dreimal erteilt und dreimal zurückgenommen worden sei, so sei sie damit nicht erledigt. Darin war er sich einig mit Dietmar Wehrich von Bündnis 90/Die Grünen, der sich sicher war, dass die Sache nicht vom Tisch ist, auch wenn die Bundeswehr bisher nicht in der Lage zu sein schien, einen genehmigungsfähigen Antrag zu stellen. Und jedenfalls las Dieter Kmietczyk nicht im Kaffeesatz, als er verkündete: „Die militärische Nutzung des Zeitzer Forstes wird von uns nicht toleriert werden.“

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Planungen für unsere neue Geschäftsstelle in der Leitergasse 4 schreiten voran. Der Fußbodenbelag zum Beispiel ist ausgesucht. Was uns aber noch dringend fehlt, ist ein klangvoller Name für die neuen Räume. Deshalb bitten wir Euch um Eure Ideen.

Vorschläge bitte an linkesblatt@dielinke-halle.de oder an die Geschäftsstelle in der Blumenstraße. Der beste (also letztlich dann verwendete) Vorschlag wird prämiert.

Miteinander e.V. lädt ein zum Release der Dokumentation „‘Du weißt schon, wie in Rostock’ - Ein Beitrag gegen das Vergessen rechter und rassistischer Gewalt im Sachsen-Anhalt der 1990er Jahre“

**am 23. Mai um
19:30 Uhr im Thalia Theater Halle.
Filmvorführung & Expert_innengespräch**

**UND online ab dem 24. Mai online unter
<http://vimeo.com/mitinanderev/duweisstschon>**

„‘Du weißt schon, wie in Rostock’ - Ein Beitrag gegen das Vergessen rechter und rassistischer Gewalt im Sachsen-Anhalt der 1990er Jahre“ 2013, 23 min
Ein Film von Kathrin Lemcke und Miteinander e. V.
Die rechte Gewalt zu Beginn der 1990er Jahre wird zumeist auf die Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda reduziert. Doch rassistisch motivierte Angriffe auf Flüchtlinge sowie Gewalt gegen alternative Jugendliche gehörten bundesweit zum Alltag. Die Täter_innen konnten sich infolge der rassistisch geführten Asyldebatte und der nationalistischen Welle nach der Wiedervereinigung insbesondere in den neuen Bundesländern als Teil einer zustimmenden Mehrheit fühlen.

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, gab es auch in Sachsen-Anhalt zahlreiche Angriffe.

Dieser Film schildert die Erfahrungen von vier Menschen, die Anfang der 1990er Jahre in Sachsen-Anhalt von rassistischer und nationalistischer Gewalt betroffen waren.

Einladung zum Wahlpicknick

Wenn am 24. Mai 2014 unsere Infostände zu Ende gehen, lädt das Wahlbüro alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer zum Wahlkampfabschluss am Rive-Ufer ein. Wir wollen dort zum Abschluss des Wahlkampfes mit den Hallenserinnen und Hallensern bei einem Picknick ins Gespräch kommen. Bereits zur Bundestagswahl haben wir das versucht und festgestellt, es kam an bei den Bürgerinnen und Bürgern. Wir laden alle Mitglieder und Kandidierende ein, es zur Kommunal- und Europawahl erneut durchzuführen. Treffpunkt ist 14 Uhr an der Brücke zur Ziegelwiese, Genossinnen und Genossen, die bei der Vorbereitung helfen können, treffen sich 13 Uhr in der Blumenstraße 16. Gebraucht werden noch Kuchen und andere Speisen, die wir anbieten können.



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - täglich
Auflage: 400 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
08.05.2014
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 22.05.2014